

W 2 Ja zu Klimaschutz, Menschenrechten und fairem Handel! Nein zum Mercosur-Abkommen!

Antragsteller*in: Rasmus Andresen (KV Flensburg), Bruno Hönel (KV Lübeck), KV Flensburg,
Andre Kleyer (KV Lübeck)

Tagesordnungspunkt: Anträge

Antragstext

1 Ja zu Klimaschutz, Menschenrechten und fairem Handel! Nein zum Mercosur-
2 Abkommen!

3 Wir Grüne setzen uns für fairen internationalen Handel mit ökologischen und
4 sozialen Standards ein.

5 Wir Grüne sprechen uns für internationalen Handel aus. Wir sind keine
6 Freihandelsgegner. Handel kann ökonomischen Wohlstand ermöglichen, Produkte für
7 viele Menschen zugänglich machen und unsere Gesellschaften global vernetzen.

8 Es reicht aber nicht mehr aus Handelspolitik nur über Exportzahlen und die
9 Absenkung von Zöllen zu definieren. Wir brauchen Standards für Klima-, Umwelt-
10 und die Verbraucher*innenschutz.

11 Ressourcenschonende Produktionsweisen und hohe Menschenrechtsstandards gehören
12 in moderne Handelsabkommen. Wir setzen uns deshalb u.a. für die Verankerung von
13 Arbeitnehmer*innenrechten, wie bspw. durch die ILO Kernarbeitsnorm, in
14 Handelsabkommen ein.

15 Das von der EU, Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay angestrebte
16 Freihandelsabkommen Mercosur wird derzeit beraten. Werden die Beratungen
17 erfolgreich abgeschlossen und das Abkommen ratifiziert, entsteht die größte
18 Freihandelszone der Welt.

19 Wir Grüne sehen viele Chancen und Risiken.

20 Wir begrüßen, dass es gelungen ist den brasilianischen Präsidenten Bolsonaro in
21 den Mercosur-Verhandlungen auf das Pariser Klimaabkommen zu verpflichten. Wir
22 kritisieren jedoch, dass es nach dieser Vereinbarung keinen Kurswechsel in der
23 brasilianischen Klimapolitik gegeben hat und keine Möglichkeiten zur
24 Sanktionierung bei Verstößen vorgesehen sind. Die Pariser Klimaziele werden
25 untergraben.

26 Hauptprofiteure des Abkommens würden nach aktuellem Kenntnisstand die Auto-,
27 Maschinenbau- sowie die chemische und pharmazeutische Industrie sein. Wir
28 kritisieren, dass Zölle für co²-intensive Industrien gesenkt werden sollen,
29 große Industrieunternehmen in diesen Bereichen kurzfristige Gewinne erzielen
30 können, aber damit keine Verpflichtungen zur Umstellung ihrer Produktionsweise
31 einhergehen.

32 Wir Grüne lehnen die Anreize zur Massentierhaltung und eine Steigerung von
33 Tierexporten aus Brasilien nach Europa ab.

34 Die Herstellung von mehr landwirtschaftlichen Produkten für den europäischen
35 Markt fördert die Rodung von brasilianischen Wäldern. Deshalb fordern wir Grüne
36 verbindliche Klauseln für Naturschutz und eine nachhaltigere Landwirtschaft.

37 Gerade vor dem Hintergrund unserer eigenen Minderheitenpolitik sprechen wir
38 schleswig-holsteinische Grüne uns für den Schutz der indigenen Völker und ihrer
39 Lebensräume aus. Ein Freihandelsabkommen zum Vorteil der Europäer*innen und
40 einiger Weniger in den Mercosur-Staaten, darf nicht zur Bedrohung für indigene
41 Völker werden.

42 Das vorliegende Mercosur Abkommen entspricht nicht unseren Vorstellungen von
43 einem fairen und klimagerechten Handelsabkommen.

44 Wir fordern deshalb die Europäische Kommission, die Abgeordneten im Europäischen
45 Parlament, unsere Landesregierung sowie die Bundestagsabgeordneten dazu auf,
46 sich für einen Stopp des Mercosur-Abkommens zwischen der Europäischen Union und
47 den Mercosur-Staaten einzusetzen.

48 Der Grüne Landesvorstand wird aufgefordert zusammen mit anderen
49 Bündnispartner*innen, wie Umweltverbänden und Gewerkschaften gegen das Mercosur-
50 Abkommen aktiv zu werden und Informationsarbeit in Schleswig-Holstein zu
51 leisten.

Begründung

Nicht nur aufgrund der Amazonasbrände und der Wahl des rechtsextremen brasilianischen Präsidenten Bolsonaro steht das Freihandelsabkommen Mercosur im Fokus.

Im Rahmen des Abkommens sollen nach aktuellem Kenntnisstand über 90 Prozent der Zölle für zwischen der EU und Mercosur gehandelte Waren abgeschafft werden. In der Konsequenz werden die Auto- und die Zulieferindustrie sowie Maschinenbau-, Chemie- und pharmazeutische Industrie die größten Profiteure des Mercosur-Abkommens sein. Eben diese Industrien sind gleichzeitig aber für einen wesentlichen Teil der weltweiten, energiebedingten CO_2 -Emissionen verantwortlich. Statt der dringend benötigten Nachhaltigkeitswende werden durch das Abkommen klimaschädliche Industrien über Handelserleichterungen gefördert.

Das passt weder zum Pariser Klimaabkommen noch zu den Nachhaltigkeitszielen der UN.

Des Weiteren sollen im Bereich des Agrarsektors die Zölle, bei gleichzeitig festgeschriebenen EU-Importquoten von Rind- und Schweine- und Geflügelfleisch, gesenkt, teilweise sogar abgeschafft werden. Das Freihandelsabkommen wird in Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay dazu führen, stärker auf Agrarexporte zu setzen und mehr zu produzieren.

Dies führt zu mehr Massentierhaltung unter hohem Einsatz von Antibiotika und gesundheitsgefährdenden Substanzen. In der Konsequenz werden für die Schaffung von Weideflächen weiterhin Wälder gerodet und indigene Völker bedroht und verdrängt werden.

Zwar ist im Mercosur-Abkommen ein Nachhaltigkeitskapitel enthalten, in dessen Rahmen verbindliche Klimaziele angegeben werden, doch ist eine Sanktionierbarkeit im Falle der Nichteinhaltung nicht gegeben. Vor dem Hintergrund der bisherigen massiven Umweltzerstörung durch Rodungen und Brände im Amazonas handelt es sich bei dem Nachhaltigkeitskapitel um einen zahnlosen Tiger.

Ein rechtsextremer Politiker wie Brasiliens Staatspräsident Bolsonaro ist durch seine Politik maßgeblich dafür verantwortlich, dass der für das Weltklima unersetzliche Amazonas fortwährend zerstört wird. Bolsonaro ist kein glaubwürdiger Partner, um die Klimaziele zu erreichen und fairen Handel zu vereinbaren.

Die EU muss sich für ein nachhaltig wirksames Schutzabkommen des Amazonas einsetzen und darauf hinwirken, dass Brasilien seinen Verpflichtungen im Kampf gegen die Abholzung im Amazonas-Gebiet nachkommt.

Statt die Verdrängung und Bedrohung indigener Völker durch intransparente Handelsabkommen zu befördern, muss die EU immer und überall die strikte Einhaltung der Menschenrechte zur Bedingung für Handelsgespräche machen.

Statt einem Abkommen, das die Massentierhaltung fördert und unwirksame Bestimmungen hinsichtlich der Bekämpfung von Antibiotikaresistenzen enthält, muss die EU rechtsverbindliche Vorgaben zur nachhaltigen Produktion und zu klimafreundlichen Handelswegen für Fleisch machen.

Das Mercosur-Abkommen widerspricht allen Grundsätzen umweltschonender und fairer Handelsbestimmungen und muss daher unverzüglich gestoppt werden.

Wir Grüne sollten dazu auf allen Ebenen mit Bündnispartner*innen aktiv werden. Die Debatten um das TTIP- und das CETA-Abkommen haben gezeigt, welche Kraft starke Bündnisse in der Handelspolitik entfalten können.

Unterstützer*innen

Steffen Regis (KV Kiel); Nils-Ole Nommensen (KV Dithmarschen); Alexander Fischbach (KV Kiel); Martin Drees (Plön KV); Hildegard Bedarff (KV Pinneberg); Jörn Pohl (KV Kiel); Susanne Hilbrecht (KV Dithmarschen); Hans-Jürgen Bethe (KV Pinneberg); Frank Stawitzki (KV Dithmarschen); Sven Gebhardt (KV Flensburg); Stephan Wiese (Stormarn KV); Jakob Brunken (KV Ostholstein)